Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Fr.

Einrückungsbücher per Zeile 15 Cent. — Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden.
Druck und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei (G. Hünerwabel) in Bern.

Bericht und Antrag

des

schweizerischen Bundesrathes an die gesetzgebenden Rätthe der Eidgenossenschaft, betreffend die Errichtung eines stenographischen Bülletins über die Verhandlungen der eidgenössischen gesetzgebenden Rätthe.

(Vom 30. Dezember 1861.)

Tit. I

Schon beim ersten Zusammentritte der schweizerischen Bundesversammlung im November 1848 wurde von mehreren Mitgliedern der Wunsch ausgesprochen, daß über die Verhandlungen der eidgenössischen gesetzgebenden Rätthe ein stenographisches Bülletin herausgegeben werden möchte, und sowol der Bundesrath als Kommissionen wurden mit der Begutachtung dieses Gegenstandes beauftragt; allein obgleich sich eine große Geneigtheit kund gab, die verfassungsmäßige Deffentlichkeit der Verhandlungen durch eine solche Einrichtung zur vollen Wirklichkeit zu bringen, beschlossen gleichwol beide Rätthe in der Frühlingssitzung des folgenden Jahres, den Anträgen auf Errichtung eines solchen Verhandlungsblattes vor der Hand keine Folge zu geben.

Daß dieser verschiebende Beschluß gefaßt wurde, obgleich die Stimmung der h. Rätthe dem Unternehmen günstig war, wird nicht auffallen, wenn man weiß, daß nach den damals aufgestellten Kostenberechnungen der eidgenössische Fiskus per Bogen Fr. 110 a. W. (Fr. 159. 42 n. W.) bezahlen und dafür 500 Gratizexemplare erhalten sollte, und wenn man ferner weiß, daß bei einer solchen Subvention die Auslagen des Bundes sich auf Fr. 135,000 belaufen hätten.

Noch in der nämlichen Session der Bundesversammlung wurde bei Gelegenheit der unrichtigen Mittheilung eines Botums von Neuem darauf aufmerksam gemacht, wie wünschbar es wäre, daß die Verhandlungen der beiden Rätthe in irgend einer Weise getreu und vollständig in die Oeffentlichkeit gebracht werden, und seither ist die Klage über den Mangel einer solchen Einrichtung bei jedem neuen Zusammentritte der Behörde, sowol in ihrer Mitte als in der Presse stets wieder laut geworden. Endlich wurde der Bundesversammlung während ihrer letzten Session von sachkundiger Seite, über die Errichtung eines stenographischen Bülletins ein vom 4. Dezember 1860 datirtes Memorial eingereicht, welches über die Einrichtung, den Umfang und die Kosten genaue Angaben und Berechnungen macht, und nicht nur die Sache als leicht ausführbar, sondern auch als mit Kosten von höchstens 20 bis 30,000 Franken verbunden darstellt.

Auf den einstimmigen Antrag der Petitionskommission beschloß der Nationalrath in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1860, dieses Memorial zur nähern Prüfung und Berichterstattung dem Bundesrathe zu überweisen, und diese Behörde gibt dem erhaltenen Auftrage durch die gegenwärtige Volksschaft die verlangte Folge.

Ueber die Frage, ob ein stenographisches Bülletin wirkliches Bedürfnis sei, herrscht kein Zweifel.

Die romanische Schweiz hat stets einstimmig die stenographische Veröffentlichung verlangt, und schon die Rücksicht für diese so bedeutende Minderheit der schweizerischen Bevölkerung, welche in dieser Weise der Publikation eine hauptsächlichliche Garantie ihrer Rechte und Interessen erblickt, dürfte entscheidend sein. Nicht mit Unrecht erwarten die Repräsentanten dieses wichtigen Theiles der Eidgenossenschaft, daß ihrem vielfach geäußerten Wunsche Rechnung getragen werde, sobald die Sache als ausführbar nachgewiesen ist.

Auch zum Theil in der deutschen Schweiz wird die stenographische Veröffentlichung als wichtig betrachtet. Im Kanton Bern ist die Veröffentlichung der Grobrathsverhandlungen schon seit dem Jahr 1831 durch Verfassung und Gesetz dem Volke garantirt, und der Große Rath hat alle Anträge auf bloß auszugsweise Veröffentlichung, als im Widerspruche mit den Interessen seiner Bevölkerung, konsequent abgewiesen.

In der Eidgenossenschaft wird ein stenographisches Verhandlungsblatt die durch Art. 82 der Bundesverfassung *) dem Volke gegebene Gewähr der Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Bundesversammlung, welche gegenwärtig ausschließlich den Bewohnern der Bundesstadt zu gut kommt, zur vollen Verwirklichung bringen. Die Möglichkeit, von den Verhandlungen der Rätthe sich genaue Kenntniß zu verschaffen, wird nicht

*) Die Sitzungen der beiden Rätthe sind in der Regel öffentlich.

länger das Privilegium einer einzelnen Lokalität bleiben; die Tribüne wird nicht nur für Bern bestehen, sondern sie wird für die ganze Eidgenossenschaft aufgeschlossen; die Möglichkeit, die Verhandlungen der Rätthe zu hören oder zu lesen, wird für die Bewohner aller Kantone gleich gemacht werden, und die Bundesversammlung wird nicht mehr vor einem Publikum, sondern vor dem Volke verhandeln.

Auf der einen Seite werden die stets wiederkehrenden Reklamationen der Mitglieder der Bundesversammlung gegen Entstellung ihrer Worte durch ein stenographisches Bulletin für ein und alle Mal beseitigt und die Rätthe gegen ungerechte Zulagen geschützt. Auf der andern Seite wird das durch den bereits genannten Art. 82 der Bundesverfassung anerkannte Recht der Wähler, die Verhandlungen anzuhören, von einer durch die Lokalität der Tribüne beschränkten, auf dem Papiere stehenden Befugniß zu einer Wahrheit gemacht. Wie hoch vom politischen Standpunkte aus ein solcher Vortheil zu schätzen ist, wird in der Eidgenossenschaft einen Jeden die vielfach gemachte Erfahrung belehren, daß die Oeffentlichkeit der gesetzgebenden Behörden und die genaue Kenntniß des Bürgers von der Thätigkeit der Repräsentanten die Hauptgrundlage unserer demokratischen Einrichtungen sind und bleiben.

Noch mehr als die Bürger werden die kantonalen Behörden aus einem eidgenössischen Verhandlungsblatte Vortheil ziehen, weil die Verhältnisse unseres Föderativstaates es mit sich bringen, daß in jedem Kantone die Administrativ- und die Gerichtsbehörden über die Entwicklung der eidgenössischen, für die Kantone Regel machenden Gesetzgebung, über die Entscheide der Bundesversammlung in Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Kantonen, über Gesetze und Beschlüsse, betreffend das Militär, die Posten, Straßen, Brücken, Zölle, Maß und Gewicht und über manche andere, die Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung der Kantone bedingende Verhältnisse eine genaue Kenntniß der in der Bundesversammlung gefallenen Voten haben müssen.

Die meisten konstitutionellen Staaten, selbst die weniger großen, wie Belgien und die kleinern Staaten Deutschlands, haben in ihren Kammern die nämliche Einrichtung, und erblicken in ihr eine nicht unwichtige Gewähr der bürgerlichen und politischen Freiheit.

Dem in der Bundesversammlung gegen die stenographische Publikation schon mehrfach erhobenen Einwände, daß viele und überflüssige Reden provokirt werden, dürfen wir geradezu die Behauptung entgegenstellen, daß die Aussicht auf eine wortgetreue und vollständige Veröffentlichung wohl noch eher und häufiger sich als einen Beweggrund erweisen wird, keine überflüssigen und allzu wortreichen Reden zu halten, an welchen bekanntlich das Volk kein Wohlgefallen hat.

Hinsichtlich der Ausführung macht das zu begutachtende Memorial den Vorschlag, die Verhandlungen nur in derjenigen Sprache wieder zu

geben, in welcher sie gehalten werden, und von jeder Uebersetzung zu abstrahiren. — So neu und auffallend dieser Ausweg ist, so muß doch eine genauere Prüfung zur Ueberzeugung führen, daß er bei den exzeptionellen sprachlichen Verhältnissen, welche in der Bundesversammlung herrschen, vor der Hand der zweckmäßigste ist. Es ist vor Allem aus nicht zu verkennen, daß bei solchen halboffiziellen Veröffentlichungen keine Verpflichtung zur Publikation in allen drei anerkannten Sprachen besteht, wie bei der Publikation von Gesetzen, deren Kenntniß bei Jedermann präsumirt wird, und die daher Jedermann zugänglich gemacht werden müssen, sondern es genügt, wenn dem Leser die Wirklichkeit vorgeführt wird, wie sie der auf der Tribüne Anwesende anhören kann. Eben so wenig als der letztere eine Uebersetzung des Angehörten zu verlangen befugt ist, eben so wenig der Leser der gedruckten Verhandlungen. Dieselben sollen nichts mehr und nichts weniger sein als ein treuer Spiegel der Versammlung; sie sollen ein möglichst vollständiges und getreues Bild der Verhandlungen geben und das richtige Echo des in den Räthen Gesprochenen bilden. — Alles das ist bei der Uebersetzung nicht vollständig möglich; denn auch bei sorgfältiger Arbeit wird manchmal das Original verwischt und entstellt, namentlich bei solchen Uebersetzungen, die mit der größten Schnelligkeit besorgt werden, und wo an einem und demselben Vortrage mehrere Uebersetzer arbeiten müßten. Zudem würden Verzögerungen in die Herausgabe gebracht, welche das Erscheinen des Bülletins am folgenden Tage unmöglich machen und daher dessen Werth vernünftigen müßten, während auf der andern Seite der Druck in allen drei Sprachen natürlich auch fast dreifache Kosten, statt bloß einfache zur Folge hätte, ohne daß deshalb auf einen dreifach erweiterten Leserkreis gehofft werden könnte. Da es eine bekannte Thatsache ist, daß die Kenntniß wenigstens von zwei Sprachen, der deutschen und der französischen, nirgends so verbreitet ist, wie in der Schweiz, und da die Bevölkerung, welche sich um die Verhandlungen der Räthe vorzugsweise interessirt, zum größeren Theile den gebildeteren Klassen angehört, so wird eine Mittheilung der Vorträge bloß in den Originalsprachen der Verbreitung des Bülletins nicht mehr hinderlich sein, als die Verschiedenheit der Sprachen das Verständniß in den Räthen selbst hindert. Wenn aber der Fall eintreten sollte, daß ein deutsch gehaltenen Vortrag vorzugsweise eine französische Bevölkerung interessiren sollte, oder umgekehrt, so wird die Tagespresse sogleich die Gelegenheit ergreifen, die Uebersetzung zu besorgen.

Wir erinnern daran, daß ein stenographisches Bülletin in der hier vorgeschlagenen Form über die Verhandlungen in der Neuenburgerangelegenheit herausgegeben und mit Freuden begrüßt worden ist.

Sollte sich früher oder später das Bedürfniß einer rein französischen Ausgabe fühlbar machen, so könnte sie vorderhand dadurch unterstützt werden, daß einem Verleger jeweilen die ersten Probefbogen der Originalausgabe zur Verfügung gestellt würden.

Würde endlich das nicht genügen, und würde das Unternehmen geslingen, so könne dann eine Ausgabe in beiden Sprachen bewerkstelligt werden.

In Bezug auf die mit dem Unternehmen verbundenen Kosten erklärt das zu begutachtende Memorial, es habe dieselben in allen Punkten zu hoch berechnet.

Die Ausgaben werden hauptsächlich veranlaßt durch den Druck, die Besoldungen der Stenographen und die Uebersetzungen.

I.

Druckkosten.

Um eine richtige Grundlage für die Berechnung derselben zu erhalten, muß man wissen:

- 1) wie viele Sitzungen gehalten werden
- 2) wie viel Druckbogen für jeden Sitzungstag nöthig sind, und
- 3) wie viel der Druckbogen kostet.

1.

Wie viele Sitzungen werden durchschnittlich gehalten?

In der Amtsperiode vom 4. Dezember 1854 bis 6. Dezember 1857 hielt

a. der Nationalrath		110 Sitzungen,
b. der Ständerath		101 "
c. die vereinigte Bundesversammlung		8 "
		<hr/>
	Total	219 "

Also in der Amtsperiode vom Dezember 1854 bis 6. Dezember 1857 jährlich im Durchschnitt den dritten Theil, nämlich 73 Sitzungen.

In der folgenden Amtsperiode vom 7. Dezember 1857 bis 2. Dezember 1860 hielten

a. der Nationalrath		121 Sitzungen,
b. der Ständerath		113 "
c. die vereinigte Bundesversammlung		12 "
		<hr/>
	Total	246 "

also durchschnittlich per Jahr 82 Sitzungen.

2. und 3.

Wie viel Druckbogen sind für jeden Sitzungstag erforderlich? und wie viel kostet der Druckbogen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen nehmen wir an, daß an jedem Sitzungstage bei 4 Stunden Diskussion gehalten und die übrige Zeit

zum Nominalappel, Verlesen des Protokolls in beiden Sprachen, Verlesen von Aktenstücken aller Art, Uebersetzungen, Abstimmungen u. verwendet werde. Durchschnittlich wird aber die Annahme von 4 Stunden reiner Diskussion bedeutend zu hoch sein.

Es wird ferner angenommen, eine Stunde Diskussion sei gleich 24,000 Buchstaben. Daß aber auch diese Annahme eher zu hoch als zu niedrig sei, wird zugegeben werden müssen, wenn man bedenkt, daß bei dieser Voraussetzung in der Minute 400 Buchstaben gesprochen werden müssen und daß ein gewandter Kopist bei 10 Stunden Zeit braucht, um einen Aufsatz von 24,000 Buchstaben abzuschreiben.

In den Sitzungen der vereinigten Räte wird aber, mit Rücksicht auf die besondere Natur der Verhandlungsgegenstände, viel weniger als im National- und Ständerath gesprochen und durchschnittlich nie mehr als $1\frac{1}{2}$ Stunde Diskussion stattfinden.

Nehmen wir nun im Fernern, um stets zu hoch statt zu niedrig zu berechnen, nicht den Durchschnitt der Sitzungen der beiden letzten Perioden, sondern diejenige von 1857-1860, welche im Ganzen 27, mithin per Jahr 9 Sitzungen mehr hat als jene, so haben wir

a. 78 Sitzungen des National- und Ständerathes (zusammen jährlich), die Stunde Diskussion 24,000 Buchstaben und jede Sitzung zu 4 Stunden Diskussion berechnet, zusammen . . .	7,488,000
b. 4 Sitzungen der vereinigten Bundesversammlung, die Diskussion à $1\frac{1}{2}$ Stunde berechnet	144,000

zusammen Buchstaben 7,632,000

welche Zahl, da der Bogen des Bundesblattes 42,864 Buchstaben hat, 173 Bogen von Druck und Format des Bundesblattes gleichkommt.

Der Druck würde daher, den Bogen, wie beim Bundesblatt, zu Fr. 40 berechnet, inbegriffen Satz, Druck, Papier und Expedition, auf Fr. 6,920 zu stehen kommen.

Stellen wir neben diese, auf die gegenwärtigen Druckpreise für das Bundesblatt gestützte Berechnung folgende Vergleichung:

Das Bundesblatt für 1860 hat in der deutschen Ausgabe 110 und in der französischen 105 Bogen, den Bogen zu 16 Seiten berechnet, zusammen also	215 Bogen.
die amtliche Sammlung in den drei Ausgaben	52 "
zusammen 267 Bogen.	

Die Gesamtauslagen dafür betragen Fr. 14,965, so daß der Bogen auf Fr. 56 zu stehen kam.

Dieser Exzedent gegenüber dem vertragsmäßigen Preise von Fr. 40 per Bogen, für Satz, Druck, Papier und Expedition rührt von den zahl-

reichen, oft mehr als den vierten Theil des Volumen einnehmenden Tabellen des Bundesblattes, indem dieselben unter der oben angegebenen Zahl von Bogen nicht inbegriffen sind und besonders bezahlt werden müssen, und von einem Betrag von Fr. 162, welcher für Frankatur von Bundesblättern an schweizerische diplomatische Agentchaften im Auslande bezahlt werden muß.

Obgleich ein solcher Exzedent beim Druke des Verhandlungsblattes nicht vorkommen kann, weil dasselbe keine Tabellen mittheilt, so fügen wir doch die Bemerkung bei, daß zu Fr. 56 per Bogen die Gesamtkosten des Druckes auf Fr. 9,688 zu stehen kommen würden.

II.

Besoldungen.

a. Nationalrath. 40 Sitzungen:	
6 Stenographen à Fr. 20 täglich im Durchschnitt, macht per Sitzung Fr. 120, und im Jahr	Fr. 4,800
Zuschlag für ungefähr 10 zwischen den Sitzungen ausfallende Tage à Fr. 10	600
Dazu der I. Redaktor	4,000
b. Ständerath. 38 Sitzungen:	
4 Stenographen à Fr. 20 macht per Sitzung Fr. 80, und per Jahr	3,040
Zuschlag für 12 Tage à Fr. 10	480
Dazu der Redaktor à Fr. 30 per Sitzung	1,140
nebst Zuschlag à Fr. 20	240
c. Bundesversammlung mit den 6 Stenographen des Nationalrathes und dem I. Redaktor	480
Total der Stenographen=Besoldungen	<u>Fr. 14,780</u>

III.

Kopisten	Fr. 2,000
--------------------	-----------

IV.

Schreibmaterial	<u>100</u>
---------------------------	------------

Rekapitulation der Auslagen.

1) Druk	Fr. 9,688
2) Besoldungen	14,780
3) Kopisten	2,000
4) Schreibmaterial	100
Total	<u>Fr. 26,568</u>

Daß diese Verehrung nicht zu niedrig sein kann, ergibt sich aus der Vergleichung mit den Kosten des stenographischen Verhandlungsblattes des Kantons Bern, welches, obgleich es mit vollständiger Ausführlichkeit in deutscher und in französischer Sprache erscheint, jährlich zusammen nur ungefähr Fr. 10,000 kostet, von welcher Summe aber die Einnahmen in Abzug zu bringen sind.

Um Gewißheit zu erhalten, wie hoch die Kosten eines solchen Unternehmens von Buchdruckern berechnet würden, sind einige angefragt worden, unter welchen Bedingungen sie dasselbe zu unternehmen geneigt wären.

Das eine der eingegangenen Anerbieten beschränkt sich darauf, Druck und Expedition besorgen zu wollen, wofür ihm bei Fr. 11,260 zu bezahlen wären, was mit den Besoldungen der Stenographen und Kopisten bei Fr. 28,100 ausmachen würde. Dabei würden die sämtlichen Einnahmen der Eidgenossenschaft zufallen.

Nach einem andern Anerbieten, welches den Druck und Verlag auf eigene Gefahr und Kosten zu übernehmen bereit ist, hätte die Eidgenossenschaft bei Fr. 9000 beizutragen und überdies die Besoldungen im bereits angegebenen Betrage von ungefähr Fr. 16,780 zu bestreiten, zusammen also bei Fr. 25,780 zu leisten, wogegen sie 1000 Exemplare und 60% der fernern Abonnementzgelber erhielte.

Nach einem dritten Anerbieten endlich, welches das ganze Unternehmen auch auf eigene Gefahr und Kosten übernehmen würde, hätte die Eidgenossenschaft bei Fr. 6560 beizutragen und ebenfalls die Besoldungen zu bestreiten, zusammen also bei Fr. 23,340 auszugeben, wogegen sie 500 Exemplare und von jedem über 1000 abgesetzten Exemplare 30% des Abonnementpreises erhielte.

In Bezug auf die Einnahmen, welche das eidgenössische Verhandlungsblatt zu erwarten hat und die in den Abonnementzgeldern bestehen, wagt das zu begutachtende Memorial nicht, eine Wahrscheinlichkeitsberechnung aufzustellen, obschon eine solche mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit gemacht werden kann.

Diejenigen schweizerischen Zeitungen, sowol die deutschen als die französischen, welche sich der meisten Leser erfreuen, haben 4–5000 Abonnenten. Ihre Ausbreitung ist hauptsächlich durch zwei Umstände bedingt, theils durch die Gränzen des Kantons, dessen Verhältnisse sie vorzugsweise behandeln und besprechen, theils durch die Zahl der Anhänger ihrer politischen Richtung. Da nun ein Verhandlungsblatt der Bundesversammlung nicht in diese Schranken gewiesen ist, indem die Interessen an den Verhandlungen der Bundesversammlung in allen Kantonen gleichmäßig vorhanden sind, und die rein objektive Darstellung des Verhandelten bei allen politischen Parteien gleichen Anklang finden wird, und da ferner eine Folge dieser im Vergleiche zu politischen Blättern sehr günsti-

gen Situation die sein wird, daß das Verhandlungsblatt ungefähr so viele Abonnenten finden wird, als eines der gelesesten Blätter, nämlich 2—4000, so wird sich auch bei einem Abonnementspreise von Fr. 6 eine Einnahme von nahezu Fr. 12—24,000 ergeben.

Der eidgenössische Fiskus wird daher nicht allzusehr in Anspruch genommen, sondern es ist sogar die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Einnahmen die Ausgaben zu einem großen Theile decken werden. Sollte sich je ein Ueberschuß der Einnahmen ergeben, so wird er dazu dienen, den Ausfall auf der Rechnung des Bundesblattes theilweise zu decken.

Die Redaktion des Verhandlungsblattes muß es sich natürlich angelegen sein lassen, nicht nur durch sorgfältige Redaktion und rasches Austheilen des Blattes demselben Leser zu gewinnen, sondern mit Zeitungsverlegern angemessene Verträge über Ablieferung einer größern Anzahl von Exemplaren zu einem etwas ermäßigten Preise abzuschließen, und damit die Einnahmen zum Voraus zu sichern.

Das Departement des Innern hat es nicht unterlassen wollen, die Erfahrungen, welche schon anderswo hinsichtlich stenographischer Bülletins gemacht worden sind, zu Rathe zu ziehen, und es hat zu diesem Zwecke Erkundigungen über die Einrichtung der stenographischen Verhandlungsblätter des Auslandes eingezo-gen.

In Paris sind bei dem gesetzgebenden Körper 9 Stenographen und 5 Redaktoren. Jene beziehen einen Gehalt von Fr. 3500 bis Fr. 4000, diese einen solchen von Fr. 4500 bis Fr. 5000. Während der Republik von 1848 bis 1852 erhielten sie einen jährlichen Gehalt von Fr. 8000. In der Zeit zwischen den Sitzungen sind sie frei.

In England halten die großen Zeitungen selbst Stenographen, so die Times nicht weniger als 15, welche, da das Oberhaus und das Unterhaus nicht gleichzeitig Sitzung halten, abwechselnd in beiden Kammern arbeiten. Die Redaktion theilt ihre Stenographen in zwei Klassen ein. Diejenigen der ersten Klasse erhalten 5 Guineen wöchentlich das ganze Jahr, ohne daß sie nach der Sitzungsperiode von der Redaktion bestimmt angestellt sind. Dagegen kann die Redaktion über ihre Dienste verfügen, wenn sie ihnen vor $\frac{1}{2}$ 9 Uhr Morgens davon Anzeige macht. Ist dieses nicht der Fall, so können sie den Tag für sich benutzen. Diejenigen der zweiten Klasse werden wöchentlich, aber nur so lange die Sitzungen dauern, mit 5—7 Guineen bezahlt.

In Berlin arbeiten im Herrenhause 10, im Abgeordnetenhause 12 Schnellschreiber; in München in der Kammer der Reichsräthe 8, in der Abgeordnetenkammer 12. In Dresden werden im Ganzen 8 Stenographen verwendet, von welchen, wenn die beiden Kammern gleichzeitig Sitzung halten, in jeder 4, sonst aber alle 8 in derjenigen Kammer verwendet werden, welche eben Sitzung hält. Die Gehalte der festangestellten

Schnellschreiber in Dresden, die auf 600 Thaler kommen, nebst Tagsgeldern für die Sitzungstage, sind in der letzten Zeit erhöht worden. Die Redaktoren erhalten verhältnißmäßig mehr.

In Brüssel sind beim Senate 3, in den Kammern 6 Stenographen angestellt, jene mit Fr. 1500 bis Fr. 1700, diese mit Fr. 3000 bis Fr. 5000. Zwischen den Sitzungsperioden sind sie frei.

In den einen Kammern, z. B. in Brüssel, wird der Stenograph alle 5 Minuten abgelöst, in andern dagegen, z. B. in London, jede halbe Stunde.

Eine größere Zahl von Stenographen kann natürlich mehr leisten, als eine kleinere. In London z. B., wo die Sitzungen in der Nacht gehalten werden, liest oft ein Redner den Korrekturbogen seines Vortrages, während die Sitzung noch nicht zu Ende ist, und die sämtlichen Verhandlungen erscheinen schon am Morgen, einige Stunden nach dem Schlusse der Sitzung.

Mit wenigstens 10 Stenographen soll man es hier, wo die Sitzungen am Morgen gehalten werden, der Nachmittag, der Abend und ein Theil der Nacht zur Uebertragung der Conzepte, so wie zum Druke benutzt werden können, dahin bringen, daß beim Anfange der folgenden Sitzung die Verhandlungen der vorhergegangenen ausgeheilt werden können.

Der Bundesrath hat gefunden, er könne diese Frage des Bülletins nicht in Anwendung seiner eigenen Kompetenz erledigen, wie er z. B. die Herausgabe des Bundesblattes durch Verordnung vom 5. März 1849 verfügt hat, sondern es müsse, da die Bundesversammlung selbst theiligt ist und ihre Verhandlungen dabei in Frage kommen, auch ihr überlassen sein, auf dem Wege der förmlichen Gesetzgebung den Grundsatz der stenographischen Veröffentlichung anzunehmen oder zu verwerfen.

Die Anträge, welche der Bundesrath Ihnen, Tit., zu stellen die Ehre hat, sind in nachfolgendem Gesetzentwurfe niedergelegt.

Bern, den 30. Dezember 1861.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

J. M. Knüfel.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schleg.

Gesetzentwurf,

betreffend

die Herausgabe der Verhandlungen der Bundesversammlung.

Die Bundesversammlung

der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in der Absicht, dem im Artikel 82 der Bundesverfassung ausgesprochenen Grundsätze der Oeffentlichkeit für die Verhandlungen der eidg. gesetzgebenden Rätthe eine weitere Ausführung zu geben;

nach Einsicht eines Vorschlages des Bundesrathes,

beschließt:

Art. 1. Die Verhandlungen der gesetzgebenden Rätthe sollen durch ein besonderes stenographisches Verhandlungsblatt unter dem Titel

„Verhandlungen der schweizerischen Bundesversammlung“

für jeden Rath getrennt, bekannt gemacht werden.

Die Verhandlungen der vereinigten Rätthe erscheinen in der für den Nationalrath bestimmten Abtheilung des Blattes.

Dieses Verhandlungsblatt ist gleich dem Bundesblatte von jeder Stämpelgebühre befreit, und die Versendung ist postfrei für die ganze Schweiz.

Art. 2. Das Verhandlungsblatt theilt die Vorträge möglichst getreu in derjenigen Sprache mit, in welcher sie gehalten werden, die Anträge und Beschlüsse jedoch sowol in deutscher als in französischer Sprache.

Die Namen der abwesenden Mitglieder sollen, gestützt auf die amtliche Kontrolle, unter den Rubriken „entschuldigt“ oder „nicht entschuldigt“ mitgetheilt werden.

Art. 3. Die Verhandlungen des vorhergehenden Tages sollen in der Regel am folgenden Tage vor 9 Uhr Morgens ausgegeben werden.

Will ein Redner seine Rede schriftlich eingeben, so ist die Aufnahme nur dann zu gestatten, wenn die geschriebene Rede mit dem mündlichen Vortrage übereinstimmt.

Einfache schriftliche Berichtigungen der Mitglieder der Bundesversammlung und des Bundesrathes, betreffend irrige oder unvollständige Redaktion oder Auslassung in den von ihnen gehaltenen Reden sollen aufgenommen werden.

Bei Anständen über die Richtigkeit der stenographirten Redaktion entscheidet das Bureau des betreffenden gesetzgebenden Rathes.

Art. 4. Der Abonnementspreis des Bülletins beträgt jährlich 6 Franken.

Die Mitglieder der eidg. Rätthe haben Anspruch auf ein Freieyemplar.

Art. 5. Dem Bundesrath wird auf dem jeweiligen Budget der für das Bülletin erforderliche Kredit eröffnet.

Art. 6. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1862 in Kraft.

Der Bundesrath ist mit dessen weiteren Vollziehung beauftragt.

Bericht und Antrag des schweizerischen Bundesrathes an die gesetzgebenden Räte der Eidgenossenschaft, betreffend die Errichtung eines stenographischen Bulletins über die Verhandlungen der eidgenössischen gesetzgebenden Räte. (Vom 30. Dezember 1861.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1862
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	02
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.01.1862
Date	
Data	
Seite	17-28
Page	
Pagina	
Ref. No	10 003 581

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dall'Archivio federale svizzero.